

„Der kurze Herbst der Utopie“

Chronologie ausgewählter Ereignisse

Als sich im September 1989 die Opposition in einer neuen Tonart zu Wort meldete, bot die DDR das Bild eines Hochdruckkessels, dem man wegen Panikgefahr die Armaturen abgeschraubt und „aus Sicherheitsgründen“ die Ventile zugeschweißt hatte. Allerdings saßen wir alle im Kessel und nicht bequem davor. Die Frage war, wie man dem Personal in den Arm fallen konnte. Durch die Risse im Mantel, entstanden infolge ungarischer Erdbeben, pfiff nicht der Dampf, sondern verpiffen sich, die Gunst der Stunde ungesicherter Ableitungen via Budapest-Wien oder Prag-Dresden-Hof nutzend, viele Kesselbewohner in eine angenehmere Atmosphäre. Das Personal war sich unschlüssig, ob dies den gefährlichen Druck reduzieren oder ihn noch mehr ansteigen lassen würde. Sie konnten sich aber bald davon überzeugen, daß das eigentliche Problem tatsächlich die Dagebliebenen waren, auf die man aber nicht auch noch verzichten konnte. Zuvor, unter Bedingungen minderen Drucks, hatte das geschulte Personal die Widerspenstigsten unter den überzeugten Dableibern in überschaubaren Kavernen isolieren und so den Kessel bequem kontrollieren können. Diese Zeiten näherten sich nun ihrem Ende: Ganz und gar im klassischen leninschen Sinne wollten in der DDR die Untertanen das Alte nicht mehr und die bürokratische Oberschicht war unfähig, in der alten Weise die Verhältnisse zu befestigen. Was hatten die neuen politischen Vereinigungen des Herbstes 1989 daran für einen Anteil?

1989

11. März
(Sonnabend) Die 1985 gegründete Berliner Initiative Frieden und Menschenrechte beschließt ihre DDR-weite Öffnung.
7. Mai
(Sonntag) Kommunalwahlen: Unabhängige Kommissionen aus dem oppositionellen Milieu überwachen die Stimmenauszählung und decken Wahlbetrug auf.
27. Juni
(Dienstag) In Beisein der ungarischen und österreichischen Außenminister wird symbolisch der elektrische Zaun an der ungarischen Grenze geöffnet.
24. Juli
(Montag) Die beiden Pastoren Markus Meckel und Martin Gutzeit verfassen den „Aufruf zur Bildung einer Initiativgruppe mit dem Ziel, eine sozialdemokratische Partei in der DDR ins Leben zu rufen“.
13. August
(Sonntag) 15 Ausreisewillige verlassen die Ständige Vertretung und kehren an ihre Wohnorte zurück. 116 bleiben.
16. August
(Mittwoch) Budapest: 171; Prag: 40; Ständige Vertretung Berlin: 116 Ausreisewillige.
19. August
(Sonnabend) Das Paneuropäische Picknick an der ungarisch-österreichischen Grenze bei Sopron wird von DDR-Bürgern (ca. 650) zur Flucht genutzt.
22. August
(Dienstag) Prag: 140 Ausreisewillige.
24. August
(Donnerstag) Budapest: 108 DDR-Bürger können Ungarn verlassen und reisen nach Österreich aus.
25. August
(Freitag) Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher empfangen den ungarischen Ministerpräsident Miklos Nemeth und seinen Außenminister Gyula Horn zu einem Gespräch über gemeinsam interessierende Probleme (unwillige DDR-Bürger in Ungarn, fehlende Devisen im Reisefonds für ungarische Westreisende).
26. August
(Sonnabend) Berlin: In der Golgathagemeinde wird die Ankündigung des Vorhabens einer Parteigründung Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) verlesen.
28. August
(Montag) Budapest: 1.400 Ausreisewillige. Aus dem ungarischen Außenministerium verlautet, das Flüchtlingsproblem werde „in kurzer Zeit“ geregelt.
31. August
(Donnerstag) Berlin: Treffen des DDR-Außenministers Oskar Fischer mit dem ungarischen Außenminister Gyula Horn.
2. September
(Sonnabend) Ungarische Auffanglager: mehr als 3.500 Ausreisewillige. Bayern und auch andere Bundesländer richten Unterkünfte ein.
4. September
(Montag) Leipzig: Nach dem – seit 1982 immer montags stattfindenden – Friedensgebet versammeln sich vor der Nikolaikirche 1.200 Menschen und fordern u. a. Reisefreiheit und Demokratie.
Aufruf „Böhlemer Plattform – Für eine Vereinigte Linke“ wird als Gründungsauftritt veröffentlicht.
5. September
(Dienstag) „Neues Deutschland“ (Zentralorgan der SED): Erich Honecker kennzeichnet die DDR als einen Staat mit „funktionierendem, effektivem sozialistischem Gesellschaftssystem, das sich mit den von ihm verwirklichten Menschenrechten auch an den Herausforderungen der neunziger Jahre bewähren wird“. Die DDR eröffnet direkt neben dem Flüchtlingslager im Budapester Vorort Zugliget eine Beratungsstelle, in der DDR-Bewohner zur Rückkehr in ihre Heimat bewogen werden sollen.
8. September
(Freitag) Ständigen Vertretung in Berlin: 116 Ausreisewillige kehren in ihre Heimatorte zurück. Neben Straffreiheit wird ihnen juristische Unterstützung bei der Betreuung einer legalen Ausreise zugesagt.

- 9./10. September (Sa/Sonntag) Berlin (Grünheide): Gründungstreffen des Neuen Forums, Gründungsaufruf wird veröffentlicht.
11. September (Montag) Ungarn öffnet seine westlichen Grenzen für ausreisewillige DDR-Bürger. Beginn der Massenflucht. Das Politbüro der SED diskutiert das Fluchtproblem.
12. September (Dienstag) Gründungsaufruf von Demokratie jetzt!: „Einmischung in eigener Sache“
14. September Resolution des Berliner Schriftstellerverbandes „Der Exodus ist nur ein Zeichen für angestaute grundsätzliche Probleme in allen Bereichen der Gesellschaft.“
18. September (Montag) Prominente Rockmusiker der DDR unterstützen in einem Aufruf, den sie bei Konzerten verlesen, die Gründung des Neue Forums und fordern Regierung zu Reformen auf: „Feiges Abwarten liefert gesamtdeutschen Denker Argumente und Voraussetzungen. Die Zeit ist reif. Wenn wir nichts unternehmen, arbeitet sie gegen uns.“
Prag: 400 Ausreisewillige, Warschau: 100 Ausreisewillige.
19. September (Dienstag) Prag: 500 Ausreisewillige, Warschau: Wegen Überfüllung Botschaft geschlossen.
21. September (Donnerstag) Antrag auf Zulassung eines Neuen Forums wird vom Innenministerium abgelehnt.
24. September (Sonntag) Leipzig: Vertreter des Neuen Forums, des Demokratischen Aufbruchs, von Demokratie jetzt!, der Vereinigten Linken besprechen weitere Zusammenarbeit.
25. September (Montag) Leipzig: Kundgebung mit 5.000 TeilnehmerInnen.
Prag: 900 Ausreisewillige.
26. September (Dienstag) DDR sagt überraschend zu, Flüchtlinge in Prag ausreisen zu lassen.
27. September (Mittwoch) Warschau: 400 Ausreisewillige.
28. September (Donnerstag) Berlin: Offener Brief von 21 Gewerkschaftern aus dem Werk Bergmann-Borsig an das Politbüro-Mitglied und FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch: „Es trifft nicht im entferntesten die Überzeugungen und Empfindungen der Mehrzahl unserer Kollegen, wenn die Medien nach peinlichem Schweigen nun den Versuch unternehmen, die Abkehr so vieler unserer Menschen ausschließlich als Machwerk des Klassengegners zu entlarven, bei dem diese DDR-Bürger nur Opfer oder Statisten sein sollen.“
Warschau: 50 Ausreisewillige kehren in die DDR zurück. Prag: 2.000 Ausreisewillige.
30. September (Sonnabend) Bundesaußenminister Genscher teilt den etwa 6.000 Personen, die in der bundesdeutschen Botschaft in Prag Zuflucht gesucht haben, ihre Ausreisemöglichkeit mit.
1. Oktober (Sonntag) Mit Sonderzügen der DDR-Reichsbahn kommen 6.000 Flüchtlinge aus Prag und Warschau in die BRD.
Gründungsinitiative für eine Grüne Partei in der DDR. Brief der Initiatoren an die Unterzeichner des Neuen Forums. Zusammenstellung eines „Offenen Problemerkataloges“.
2. Oktober (Montag) Leipzig: 25.000 DemonstrantInnen nach dem Friedensgebet in der Nikolaikirche.
Berlin: 1. Delegiertentreffen des Demokratischen Aufbruch in der Samariterkirche wird von der Staatssicherheit massiv behindert, Erarbeitung eines Gründungsaufrufs und des Entwurfs einer programmatischen Erklärung.
Gethsemanekirche: Beginn einer Mahnwache aus Protest gegen die Inhaftierung von DemonstrantInnen.

4. Oktober
(Mittwoch) DDR-Regierung suspendiert die Bestimmungen des paß- und visafreien Reiseverkehrs nach der SSR. In verriegelten Sonderzügen der DDR-Reichsbahn werden rund 7.600 DDR-Flüchtlinge in die Bundesrepublik gebracht. In Dresden kommt es vor dem Hauptbahnhof zu Auseinandersetzungen an denen sich ca. 10.000 Menschen beteiligen. Gemeinsame Erklärung der neuen politischen Vereinigungen. Berlin: Aufruf des Neuen Forums an alle Sympathisanten: „Gewalt ist kein Mittel der politischen Auseinandersetzung! Laßt Euch nicht provozieren! Wir haben nichts zu tun mit rechtsradikalen und antikommunistischen Tendenzen.“
5. Oktober
(Donnerstag) Warschau: ca. 600 Flüchtlinge werden mit einem Sonderzug der DDR nach Hannover gebracht. In Magdeburg und Dresden werden Demonstrationen mit Gewalt aufgelöst.
6. Oktober
(Freitag) Berlin: Veröffentlichung eines Aufrufs des Neuen Forums zum 40. Jahrestag der DDR: „Eher schon gefährdet die Untätigkeit der SED den Sozialismus auf deutschem Boden. Wir wenden uns ausdrücklich an die 2 Millionen Mitglieder der SED: Ihr bildet die größte und wichtigste politische Körperschaft in diesem Lande. ... Ihr beansprucht die führende Rolle – übt sie aus!“ In der Erlöserkirche stellen sich in einer Zukunftswerkstatt. die neuen Parteien und Organisationen vor.
7. Oktober
(Sonnabend) Gründung der Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) in Schwante bei Berlin.
- 7./8. Oktober
(Sa/So) Vor dem Hintergrund wachsender Flüchtlingsströme werden in der DDR die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Staatsgründung begangen. In Berlin, Leipzig, Potsdam, Halle, Plauen, Jena, Magdeburg, Dipoldswalde, Aschersleben, Rostock und Dresden finden Protestdemonstrationen statt, zahlreiche Verhaftungen werden durchgeführt.
8. Oktober
(Sonntag) Dresden: 5.000 DemonstrantInnen, Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer erklärt sich zum Gespräch bereit, DemonstrantInnen wählen aus ihrer Mitte 20 Vertreter für Verhandlungen mit den staatlichen Organen (die Gruppe der 20)
9. Oktober
(Montag) Leipzig: Montagsdemonstration mit über 70.000 TeilnehmerInnen. Kurt Masur, Pfarrer Peter Zimmermann und Bernd Lutz unterzeichnen gemeinsam mit drei Angehörigen der SED-Bezirksleitung einen Aufruf, der in den Kirchen vorgetragen und über Stadtrundfunk verbreitet wurde: „Wir alle brauchen Meinungs austausch über die Weiterführung des Sozialismus in unserem Land. Deshalb versprechen die genannten Leute allen Bürger, ihre ganze Kraft und Autorität dafür einzusetzen, daß dieser Dialog nicht nur im Bezirk Leipzig, sondern auch mit unserer Regierung geführt wird. Wir bitten Sie dringend um Besonnenheit, damit der friedliche Dialog möglich wird.“ Dresden: Oberbürgermeister Berghofer empfängt die Gruppe der 20.
10. Oktober
(Dienstag) Tagung des SED-Politbüro erhebt die Politik des „Dialogs“ zur offiziellen Linie.
11. Oktober
(Mittwoch) Das „Neue Deutschland“ veröffentlicht die Erklärung des SED-Politbüros.
12. Oktober
(Donnerstag) Berlin: Oberbürgermeister Erhard Krack trifft mit Gottfried Forck, Manfred Stolpe und Günter Krusche zu einem Gespräch zusammen. Erste Reaktionen von Oppositionsgruppen zur Politbüro-Erklärung.
14. Oktober
(Sonnabend) Berlin: 1. überregionales Delegiertentreffen des Neuen Forums in der Elisabethemeinde mit 120 TeilnehmerInnen.
15. Oktober
(Sonntag) Halle, Plauen: Mehrere Tausend DemonstrantInnen. In Warschau: 1.200 Ausreisewillige.

16. Oktober
(Montag) Leipzig: 120.000 DemonstrantInnen (mit Losungen wie „Pressefreiheit! Reisefreiheit!; Rechtssicherheit statt Staatssicherheit!“); Dresden: 10.000; Halle: 5.000; Berlin: 3.000 DemonstrantInnen.
17. Oktober
(Dienstag) Tagung des SED-Politbüro: unfreiwilliger Rücktritt Erich Honeckers, Joachim Herrmanns und Günter Mittags.
Dresden: 20.000 Personen versammeln sich in fünf Kirchen.
18. Oktober
(Mittwoch) ZK-Tagung: SED-Generalsekretär Honecker wird von seiner Funktion entbunden. Egon Krenz wird sein Nachfolger. Fernsehansprache von Krenz: Begriff „Wende“ wird geprägt.
Teilstreiks in mehreren Betrieben Narva-Berlin, Wartburg-Eisenach, Uhrenwerk Ruhla, VEB Zinnerz Eisenach.
20. Oktober
(Freitag) Dresden: 50.000, Karl-Marx-Stadt: 5.000 DemonstrantInnen.
Regierung kündigt neue Reiseregulierung an und bietet allen, die das Land verlassen haben, bei der Rückkehr Straffreiheit.
Erste Zusammenkunft der Gründer der Initiative für unabhängige Gewerkschaften.
21. Oktober
(Sonnabend) Berlin, Plauen und in anderen Städten: Zehntausende DemonstrantInnen.
23. Oktober
(Montag) Leipzig: 300.000(„Nieder mit der Diktatur!; Die Mauer muß weg! Freie Wahlen!“); Dresden: 50.000; Zwickau: 15.000; Magdeburg: 20.000; Schwerin: 50.000 DemonstrantInnen.
Erklärung des Neuen Forums zur Empörung über Amtsmißbrauch und Privilegien.
24. Oktober
(Dienstag) Krenz wird Vorsitzender des Staatsrates und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates (26 Enthaltungen, 26 Gegenstimmen).
12.000 Berliner beteiligen sich an einer Demonstration gegen diese Wahl, weil sie Krenz z. B. seine Sympathie für die chinesische Führung und seine Arbeit als Vorsitzender der Zentralen Wahlkommission im Mai übelnehmen.
25. Oktober
(Mittwoch) Neubrandenburg: 25.000; Jena: 10.000; Greifswald: 6.000; Halberstadt: 10.000 DemonstrantInnen.
26. Oktober
(Donnerstag) Dresden: 100.000; Erfurt: 30.000; Gera: 5.000; Rostock: 25.000 DemonstrantInnen.
Politbüromitglied Günter Schabowski diskutiert mit Jens Reich und Sebastian Pflugbeil vom Neuen Forum
27. Oktober
(Freitag) Krenz kündigt Amnestie für Ausgereiste an und verspricht neues Reisegesetz. Fünf führende Wirtschaftsfunktionäre der DDR (Schürer, Beil, Schalck-Golodkowski, Höfner, Donda) legen ein Gutachten zur Lage der DDR-Wirtschaft vor.
Dresden, Karl-Marx-Stadt, Güstrow und Saalfeld u. a.: Zehntausende demonstrieren für „Veränderungen im wirtschaftlichen und kulturellen Leben“.
Aufruf der Bürgerbewegung Demokratie jetzt! für eine „Demokratische Willensbildung ohne festgeschriebene Führungsrolle der SED“.
Brief der Arbeiter von Bergmann Borsig an den Vorsitzenden des FDGB, Harry Tisch.
28. Oktober
(Sonnabend) Forderungskatalog des Neuen Forums, in dem u. a. schonungslose Offenlegung der wirtschaftlichen und ökologischen Situation des Landes gefordert wird.
29. Oktober
(Sonntag) Konstituierung des Demokratischen Aufbruchs als Parteigründungsinitiative.
Vor dem Berliner Rathaus diskutieren über 20.000 Personen. Ähnliche Gesprächsforen in Leipzig, Erfurt und Karl-Marx-Stadt.
- 29./30. Oktober
(Sonntag/ Montag) 2. Delegiertenkonferenz des Demokratischen Aufbruchs, Wahl eines Vorstandes

30. Oktober
(Montag) Leipzig: 300.000 DemonstrantInnen („Neues Forum zulassen!; Deutsche Demokratische Republik – nie wieder!“).
Der letzte „Schwarze Kanal“ im DDR-Fernsehen.
Berlin: Konstituierung der seit 1986 bestehende Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) als landesweite Bürgerbewegung.
31. Oktober
(Dienstag) Das DDR-Innenministerium sagt die nochmalige Prüfung des abschlägig beschiedenen Zulassungsbegehrens des Neuen Forums zu.
Krenz zum Arbeitsbesuch bei Gorbatschow in Moskau.
1. November
(Mittwoch) Halle: 50.000; Schwerin: 40.000; Karl-Marx-Stadt: 20.000; Ilmenau: 20.000 DemonstrantInnen.
Aufhebung der Visumpflicht für Reisen in die SSR.
2. November
(Donnerstag) Erfurt: 50.000; Neubrandenburg: 20.000; Rostock: 20.000; Frankfurt/O: 10.000; Gera: 10.000 DemonstrantInnen.
Rücktritt von FDGB-Chef Harry Tisch, CDU-Vorsitzenden Gerald Götting und NDPD-Vorsitzenden Heinrich Homann.
3. November
(Freitag) Vertreter von Demokratie jetzt!, Demokratischer Aufbruch, des Grünen Netzwerks Arche, der IFM, der Initiativgruppe der Vereinigten Linken Berlin, der SDP und des Neuen Forums verabschieden eine gemeinsame Erklärung.
DDR stimmt freier Ausreise über SSR zu, innerhalb von 4 Tagen machen 48.000 davon Gebrauch, die Zahl der Ausgereisten '89 steigt auf bisher 180.000.
In Berlin konstituiert sich die „Unabhängige Untersuchungskommission der Ereignisse des 7. und 8. Oktober“. Parallel bereitet die Stadtverordnetenversammlung die „Bildung einer zeitweiligen Kommission zur Prüfung der Anliegen von Bürgern im Zusammenhang mit den Ereignissen am 7. und 8. Oktober 1989“ vor.
4. November
(Sonnabend) Mehr als eine halbe Million Menschen demonstrieren in Berlin (Alexanderplatz) u. a. für Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, für ein demokratisches Strafrecht sowie für freie Wahlen. Während der fünfstündigen Veranstaltung, zu der Künstlerverbände aufgerufen hatten, nehmen 26 Redner das Wort, unter anderen die Schriftsteller Stefan Heym, Christa Wolf und der Pfarrer Friedrich Schorlemmer. Auch in anderen Städten finden Demonstrationen statt.
6. November
(Montag) Auf einem Treffen mit Rudolf Seiters (Bundeskanzleramt) trägt Alexander Schalck-Golodkowski die Vorstellungen der SED-Führung über die wirtschaftliche Hilfe aus dem Westen vor.
Leipzig: 500.000 DemonstrantInnen („Visa ohne Geld, da lacht die Welt!“).
Neue Reiseverordnung stößt wegen der bürokratischen Hürden in der Bevölkerung auf Kritik und Ablehnung.
7. November
(Dienstag) Reisegesetzentwurf wird zurückgezogen.
Die Regierung unter Vorsitz von Willi Stoph erklärt ihren Rücktritt.
Berlin: Untersuchungsausschuß zu den Übergriffen am 7. und 8. Oktober nimmt seine Arbeit auf.

8. November
(Mittwoch)
10. Tagung des ZK der SED: Rücktritt des Politbüros. Der neu gewählte Generalsekretär Krenz verkündet ein Aktionsprogramm der SED. Erklärung des Bundeskanzlers zur Lage der Nation bindet ökonomische Unterstützung an wirtschaftliche und politische Zugeständnisse der SED.
Berlin: Demonstration aufgebracht SED-Mitglieder vor dem ZK-Gebäude: „Wir sind die Partei“.
Anmeldung des Neuen Forums als Vereinigung wird vom Innenministerium bestätigt.
Am Abend verliest die Schriftstellerin Christa Wolf im Namen zahlreicher Künstler und Vertreter oppositioneller Gruppen im DDR-Fernsehen einen Aufruf an alle Ausreisewilligen. Darin heißt es u. a.: „Wir stehen erst am Anfang des grundlegenden Wandels in unserem Land. Helfen Sie uns, eine wahrhaft demokratische Gesellschaft zu gestalten, die die Vision eines demokratischen Sozialismus bewahrt.“
9. November
(Donnerstag)
- Nach der Ankündigung voller Reisefreiheit durch Günther Schabowski werden die Grenzen zur Bundesrepublik und zu Westberlin geöffnet. Die Unabhängige Untersuchungskommission und die Kommission der Stadtverordnetenversammlung handeln Bedingungen für eine gemeinsame Arbeit aus. Drei Mitglieder (Marianne Birthler, Werner Fischer, Walter Schilling) treten daraufhin aus der zeitweiligen Untersuchungskommission aus, weil sie in der gemeinsamen Kommission Stadtverordnete ausmachen, die selbst für die zu untersuchenden Ereignisse am 7./8. Oktober verantwortlich waren.
10. November
(Freitag)
- Am Ende der ZK-Tagung der SED wird ein Aktionsprogramm und eine Parteikonferenz beschlossen.
Berlin: Auf einer SED-Kundgebung im Lustgarten fordern die 150.000 TeilnehmerInnen einen außerordentlichen Parteitag.
11. November
(Sonnabend)
2. DDR-weites Koordinierungstreffen des Neuen Forums.
12. November
(Sonntag)
- Politbüro des ZK beschließt Sonderparteitag.
Nach Mitteilung des Innenministeriums sind vom 9. bis zum Mittag des 12. 11. rund 4,3 Mio Visa für Privatreisen in die BRD bzw. andere Staaten erteilt worden.
13. November
(Montag)
- Auf der 11. Tagung der Volkskammer der DDR wird Hans Modrow (SED) neuer Ministerpräsidenten und Günther Maleuda (DBD) Volkskammerpräsident; Eklat beim Beitrag von MfS-Minister Erich Mielke – „Ich liebe doch alle Menschen...“.
Leipzig: 150.000 (erstmalig erscheinen Losungen wie „Deutschland einig Vaterland!“); Dresden, Karl-Marx-Stadt, Cottbus, Magdeburg, Schwerin: 200.000 DemonstrantInnen.
14. November
(Dienstag)
- Ankündigung der Beitrittsabsicht der DDR zur EG.
15. November
(Mittwoch)
- Erstes öffentliches Treffen der Initiative für unabhängige Gewerkschaften.
17. November
(Freitag)
- Modrow stellt in der Volkskammer seine neue Regierung der Allparteien-Koalition vor, kündigt umfassende Reformen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Das Ministerium für Staatssicherheit soll durch ein verkleinertes Amt für Nationale Sicherheit ersetzt werden. Er schlägt der Bundesregierung eine Vertragsgemeinschaft vor.
18. November
(Sonnabend)
- Leipzig: 30.000 (erste offiziell genehmigte Kundgebung des Neuen Forums).
Dresden: 50.000 DemonstrantInnen.
19. November
(Sonntag)
- Berlin: 150.000 DemonstrantInnen.
In Interviews mit sowjetischen Medien erklären Krenz und Modrow, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands nicht zur Diskussion stünde.

20. November
(Montag) Leipzig: 200.000 DemonstrantInnen („Das Neue Forum hat die Kraft, die SED wird abgeschafft!“), weitere Demonstrationen in Cottbus, Dresden, Halle, Schwerin, Neubrandenburg, Karl-Marx-Stadt und Magdeburg.
22. November
(Mittwoch) SED-Politbüro schlägt einen Dialog am Runden Tisch vor, bei dem die Parteien „gemeinsam mit anderen politischen Kräften des Landes“ u. a. ein neues Wahlgesetz und eine neue Verfassungsreform erörtern sollen.
23. November
(Donnerstag) In einem Interview mit dem „Neuen Deutschland“ kündigt der SED-Generalsekretär und Staatsratsvorsitzende Krenz eine Entflechtung von Staat und Partei sowie eine „umfassende Selbstreinigung“ der SED an.
24. November
(Freitag) Vertreter des Demokratischen Aufbruchs (Wolfgang Schnur und Rainer Eppelmann) treffen in Bonn mit Bundeskanzler Kohl und Kanzleramtsminister Seiters zu einem Gespräch zusammen.
- 24./25.
November
(Freitag/Sonnabend) Am Rande des 6. Berliner Ökologie-Seminars erfolgt die Gründung der Grünen Partei der DDR. Daneben gründet sich die Grüne Liga als basisdemokratisches Netzwerk.
24. - 26.
November Berlin: Erstes Arbeitstreffen der Vereinigten Linken kombiniert inhaltliche Vielfalt und organisatorischen Konservatismus; eine Verabredung über formale Organisationsstrukturen scheitert.
26. November
(Sonntag) Aufruf „Für unser Land“: Mit diesem Appell zur Bewahrung der Eigenständigkeit der DDR wenden sich namhafte Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft, Kirche u. a. an die Bevölkerung und rufen zur Unterzeichnung auf
27. November
(Montag) Leipzig: 200.000 DemonstrantInnen („Unsere Umwelt läßt keinen zweiten Versuch der SED zu! Herr Kohl, hilf uns und unseren Kindern – jetzt Wiedervereinigung!“).
Zahl der Ausreiser 1989 ist auf 277.000 angewachsen.
Demonstrationen mit mehreren zehntausend TeilnehmerInnen finden in Halle, Schwerin, Neubrandenburg, Magdeburg und anderen Städten statt.
28. November
(Dienstag) Helmut Kohl legt dem deutschen Bundestag ein „Zehn-Punkte-Programm zur schrittweisen Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“ vor.
30. November
(Donnerstag) Im Berliner Werk für Fernsehelektronik (WF) gründet sich die erste Plattform in der SED, die Plattform WF, die der Parteiführung des Mißtrauen ausspricht, die Regierung aber unterstützen will.
1. Dezember
(Freitag) Die Volkskammer der DDR streicht nach kurzer Aussprache und ohne Gegenstimme (bei fünf Enthaltungen) den Passus über den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung.
Karl-Marx-Stadt: Neues Forum ruft zum Generalstreik auf.
2. Dezember
(Sonnabend) Berlin: Treffen des Landessprecherrates und der Initiativgruppe des Neuen Forums im Französischen Dom. Grundsätzlich wird Streik als gewaltfreies Mittel akzeptiert, aber ein Generalstreik müsse landesweit diskutiert werden.
Berlin: Kundgebung von 10.000 SED-Mitgliedern vor dem ZK-Gebäude für eine radikale Erneuerung der Partei.
Schalk-Golodkowski, Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel und Leiter des Bereiches Kommerzielle Koordinierung (KoKo) setzt sich ins Ausland ab.

3. Dezember
(Sonntag) Zehntausende Bürger folgen einem Aufruf der Aktion Sühnezeichen, des Neuen Forums sowie anderer Bürgerbewegungen und -initiativen und bilden eine Menschenkette quer durch das Land für demokratische Erneuerung.
Nach massiven Forderungen des Vortages, anhaltender Protest vor dem ZK-Gebäude treten Politbüro und ZK der SED zurück, Erich Honecker und 11 weitere Mitglieder der Partei und Staatsführung werden aus der SED ausgeschlossen. An die Spitze tritt ein provisorischer Arbeitsausschuß, der von Herbert Kroker geleitet wird.
4. Dezember
(Montag) Bei den Montagsdemonstrationen in Leipzig (150.000 DemonstrantInnen) wird die Bezirksverwaltung der ehemaligen Staatssicherheit besetzt. In Folge werden die anderen Bezirksverwaltungen besetzt (zu Berlin siehe den 15. 1. 90). Die Ost-CDU verläßt den Demokratischen Block.
Berlin: Gründung des Unabhängigen Frauenverbandes (UFV).
Modrow und Seiders vereinbaren einen deutsch/deutschen Devisenfonds.
Der Generalstaatsanwalt der DDR tritt zurück.
6. Dezember
(Mittwoch) Krenz erklärt nach sechs Wochen seinen Rücktritt als Vorsitzender des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates. Manfred Gerlach (LDPD), bislang sein Stellvertreter, übernimmt das oberste Staatsamt.
7. Dezember
(Donnerstag) 1. Sitzung des zentralen Runden Tisches unter der Moderation von Kirchenvertretern im Dietrich-Bonhoeffer-Haus, die von der Volkskammer beschlossene Kommission zur Änderung und Ergänzung der Verfassung konstituiert sich.
- 8./9. Dezember
(Freitag/Sonnabend) Der Sonderparteitag der SED beginnt. Gregor Gysi wird zum Vorsitzenden gewählt, seine Stellvertreter werden der Ministerratsvorsitzende Modrow und der Dresdner Oberbürgermeister Berghofer.
9. Dezember
(Sonnabend) 20.000 Ost- und Westberliner demonstrieren auf dem Kurfürstendamm gegen die Wiedervereinigung.
Gesamter Bundesvorstand des FDGB tritt zurück.
Leipzig: Gründung des Bundes Unabhängiger Sozialisten, des organisatorischen Skelettes der Vereinigten Linken.
- 9./10.
Dezember DDR-weites Delegiertentreffen des Neuen Forums in Leipzig.
10. Dezember
(Sonntag) Berlin, Ilmenau, Rostock, Cottbus, Magdeburg, Dresden, Erfurt und Plauen: Demonstration für Menschenrechte gegen Ausländerfeindlichkeit.
11. Dezember
(Montag) Dresden: 90.000, Karl-Marx-Stadt: 40.000 DemonstrantInnen.
Angesichts der Tatsache, daß die Montagsdemonstration in Leipzig (150.000 DemonstrantInnen) immer mehr zur Kraftprobe zwischen „Deutschland einig Vaterland“- und „Wir wollen keine Kohl-Plantage“-Rufern wird, schlägt Superintendent Friedrich Magirus vor, mit einem Schweigemarsch am 18. Dezember die Demonstrationen für das Jahr 1989 zu beenden und die folgenden zwei Montage zum Nachdenken über Erreichtes und Unerreichtes zu nutzen.
Die Botschafter der USA, Großbritanniens und Frankreichs in der Bundesrepublik Deutschland sowie der Botschafter der UdSSR in der DDR treffen – 18 Jahre nach Inkrafttreten des Viermächteabkommens – im Kontrollratsgebäude in Berlin(West) zu einem Gespräch zusammen.
13. Dezember
(Mittwoch) Der Geschäftsführer der SDP, Ibrahim Böhme, vereinbart mit dem SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel die Bildung eines Kontaktausschusses beider Parteien.

14. Dezember
(Donnerstag) Erfurt: 10.000; Rostock: mehrere Tausend DemonstrantInnen.
Die Bürgerbewegung Demokratie jetzt! legt einen Drei-Stufen-Plan zur deutschen Einheit vor (1. Nationalversammlung beider deutscher Staaten; 2. Staatenbund und duale deutsche Staatsbürgerschaft; 3. politische Einheit in einem Bund deutscher Länder).
Die SED beschließt Auflösung der Prominentensiedlung Wandlitz.
Regierung beschließt die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit.
15. Dezember
(Freitag) Das DDR-Fernsehen der DDR strahlt erstmals ein Interview mit Bundeskanzler Kohl aus, in dem er seinen Zehn-Punkte-Plan erläutert.
Berlin: Der CDU-Sonderparteitag wird unter dem Leitgedanken „Erneuerung und Zukunft“ eröffnet. Wahl von Lothar de Maizière als Parteivorsitzender, neue Satzung mit Bekenntnis zur „Einheit der Nation“, Verzicht auf den Begriff „Sozialismus“.
- 15./16.
Dezember
(Freitag/Sonnabend) Der außerordentliche Parteitag der SED wird mit Debatten über die Ursachen der Krise in der Partei und über die Neugestaltung der Partei fortgesetzt und beendet. Die überwiegende Mehrheit der Delegierten beschließt die Ergänzung des Parteinamens, nunmehr SED-PDS.
- 16./17.
Dezember
(Sonnabend/Sonntag) Leipzig: Konstituierung des Demokratischen Aufbruchs zu einer Partei (Vorsitzender Wolfgang Schnur). Die Partei erklärt sich für eine Einigung Deutschlands im Rahmen einer europäischen Friedensordnung.
18. Dezember
(Montag) 2. zentraler Runder Tisch: Vereinigte Linke und Neues Forum warnen Modrow-Regierung vor einem Ausverkauf der DDR und warnen vor „einer Wiederbelebung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse in der DDR“.
Leipzig: 150.000 DemonstrantInnen „Stilles Gedenken für die Opfer der Gewalt und geistiger Unterdrückung unter stalinistischer Herrschaft“, weitere Demonstrationen in Karl-Marx-Stadt, Schwerin, Potsdam, Dresden, Halle, Berlin.
19. Dezember
(Dienstag) Dresden: Treffen von Hans Modrow und Helmut Kohl, 200.000 DemonstrantInnen begrüßen Kohl.
Berlin: 10.000 Teilnehmer an der Demonstration anlässlich des Kohl-Besuches „Für den Erhalt der Souveränität der DDR!, Gegen Ausverkauf und Wiedervereinigung!“, Rostock: 30.000 DemonstrantInnen – „Dieses Land gehört uns, wir müssen seine Zukunft in die eigenen Hände nehmen.“
20. Dezember
(Mittwoch) Gründung der Freiheitlichen Partei Deutschlands (FDP).
Gründungsaufruf der Initiative für unabhängige Gewerkschaften.
22. Dezember
(Freitag) 3. zentraler Runder Tisch. Unter Leitung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin(West), Walter Momper, und des Berliner Oberbürgermeisters Erhard Krack tritt der Regionalausschuß Berlin (West) - Berlin (Ost) zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.
Aufhebung von Visapflicht und Mindestumtausch für BRD-Bürger und Westberliner zum 1. Januar.
24. Dezember
(Sonntag)
27. Dezember
(Mittwoch) 4. zentraler Runder Tisch verabschiedet eine „Erklärung zu neofaschistischen Tendenzen in der DDR“.
30. Dezember
(Sonnabend) Konstituierung einer Kommunistischen Plattform in der SED/PDS.

1990

1. Januar
(Montag) 5. zentraler Runder Tisch: Opposition fordert Entwaffnung der Sicherheitskräfte, keinen neuen Geheimdienst aufzubauen, sonst Aufkündigung des Runden Tisches.
Der Reisedevisenfonds ermöglicht DDR-Bürgern der Erwerb von 100 DM zum Kurs von 1:1 sowie von weiteren 100 DM zum Kurs von 1:5.
3. Januar
(Mittwoch) Berlin: Gründung der Deutschen Liga für Menschenrechte in der DDR.
Berlin: Nach neofaschistischen Schmierereien am sowjetischen Ehrenmahl in Treptow mobilisiert die SED/PDS 250.000 DemonstrantInnen.
Sozial-ökologischer Flügel des Demokratischen Aufbruchs um Friedrich Schorlemmer verläßt die Partei.
5. Januar
(Freitag) Das oberste Gericht der DDR hebt die Urteile wegen „Boykotthetze“ gegen den früheren Leiter des Aufbau-Verlages, Walter Janka, und drei Mitangeklagte nach mehr als 30 Jahren auf.
6. Januar
(Sonnabend) Gysi erklärt zur deutschen Frage: „Wir wollen eine souveräne DDR und streben eine deutsch-deutsche Gemeinschaft im Rahmen einer gesamteuropäischen Konföderation an“.
Konstituierung eines Sozialdemokratischen Studienkreises (SDS) in der SED/PDS.
7. Januar
(Sonntag) Landesdelegiertenkonferenz des Neues Forums in Leipzig lehnt seine Umwandlung in eine Partei ab. Minderheit des NF will eine Deutsche Forum Partei (DFP).
8. Januar
(Montag) 6. zentraler Runder Tisch: Auszug der Opposition nach Mißtrauenserklärungen gegenüber dem Regierungsbeauftragten für die Nasi (Amt für Nationale Sicherheit)-Auflösung Peter Koch und dem Regierungsbeauftragten Walter Halbritter.
Berlin: Gründung einer Jungen Christlichen Demokratischen Vereinigung – DDR 40. Leipzig: 100.000 DemonstrantInnen; Halle, Schwerin, Karl-Marx-Stadt, Neubrandenburg, Cottbus und Frankfurt/O: insgesamt 70.000 DemonstrantInnen gegen die SED-PDS.
Egon Krenz legt Volkskammermandat nieder.
9. Januar
(Dienstag)
10. Januar
(Mittwoch) Berlin: Gründung einer Bürgerinitiative Deutsche Einheit.
11. Januar
(Donnerstag) Auf der 14. Tagung der Volkskammer hält Hans Modrow am Verfassungsschutz fest.
Berlin: 20.000 DemonstrantInnen vor dem Volkskammergebäude gegen Neugründung von Nachrichtendienst und Verfassungsschutz.
12. Januar
(Freitag) Der regierende Bürgermeister Walter Momper trifft sich mit Bärbel Bohley und Jens Reich (Neues Forum) zu einem Gespräch über die Oppositionsgruppen in der DDR.
Leipzig: Gründung einer Freundschaftsgesellschaft DDR-BRD für Europa.
Berlin: Gründung eines Bundes der Selbständigen in der DDR.
13. Januar
(Sonnabend) Berlin: SDP gibt sich den Namen SPD, in einer deutschlandpolitischen Erklärung bekennt sich die Partei zur „Einheit der deutschen Nation“.
Dresden: Gründungsparteitag der marxistischen Partei Die Nelken.
14. Januar
(Sonntag) Magdeburg: Zehntausende DemonstrantInnen gegen „die Rückkehr der SED an die Macht“,
Berlin: über 250.000 DemonstrantInnen zur Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

15. Januar
(Montag)
- Modrow bietet am 7. zentralen Runden Tisch Mitgliedern der oppositionellen Gruppierungen Ministerämter (ohne Geschäftsbereich) an.
Einem Aufruf des Neuen Forums zu einer „landesweiten Aktion“ gegen die „Restaurationspolitik der SED-PDS und ihres Sicherheitsapparates“ folgen in zahlreichen Städten hunderttausende Bürger.
Berlin: Besetzung der Zentrale des ehemaligen Amtes für nationale Sicherheit.
16. Januar
(Dienstag)
- Berlin: Initiative für unabhängige Gewerkschaften beraten Satzung.
Konstituierung einer Plattform Demokratischen Sozialismus in der SED/PDS.
18. Januar
(Donnerstag)
8. zentraler Runder Tisch: Aufruf zur Gewaltlosigkeit.
Gründung des Bundes Stalinistisch Verfolgter (BSV).
Berlin: Diskussion über Reformen in der Partei oder deren Auflösung zwischen Vertretern der in der SED/PDS tätigen Plattformen und Vertretern der Akademie der Wissenschaften.
Erfurt: 40.000; Gera: mehr als 30.000 DemonstrantInnen.
19. Januar
(Freitag)
- Im Robert-Koch-Hörsaal der Berliner Charité findet das abschließende Treffen der Organisatoren und Erstunterzeichner des Aufrufs „Für unser Land“ statt.
20. Januar
(Sonnabend)
- Leipzig: 12 christlich-liberal-konservative Gruppierungen schließen sich zur Deutschen Sozialen Union (DSU) zusammen.
Gründung eines Sozialistischen Studentenbundes (SSB).
21. Januar
(Sonntag)
- Wittenberg: Demokratischer Aufbruch tritt der DDR-SPD bei.
Berlin: Demokratie jetzt! spricht sich für eine soziologisch orientierte Marktwirtschaft und eine neue politische „Einheit“ in Deutschland aus.
Dresden: Oberbürgermeister Berghofer tritt gemeinsam mit 39 weiteren Dresdner aus der SED-PDS aus. Sie fordern die Auflösung der Partei.
22. Januar
(Montag)
9. zentraler Runder Tisch schlägt Modrow die Bildung einer parteiunabhängigen Regierung vor.
Berlin: Hochschule für Ökonomie gründet eine unabhängige Entwicklungspolitische Gesellschaft in der DDR.
Leipzig: 100.000, in weiteren Städten weit über 200.000 DemonstrantInnen (es dominieren Losungen wie: „Nieder mit der SED“ und „Deutschland einig Vaterland“).
24. + 26.
Januar
(Mittwoch + Freitag)
- In einem internen Gespräch einigen sich Neues Forum, Demokratie jetzt!, Unabhängiger Frauenverband, SPD, Demokratischer Aufbruch, Grüne Liga, Grüne Partei und Initiative Frieden und Menschenrechte, vom Runden Tisch aus Kandidaten für eine parteienunabhängige Übergangsregierung zu benennen.
25. Januar
(Donnerstag)
- CDU zieht ihre Minister aus der Regierung zurück, um den Weg für einen Regierungseintritt der Opposition zu ebnen.
27. Januar
(Sonnabend)
- Karl-Marx-Stadt: Gründungsparteitag der Deutschen Forumspartei
- 27./28 Januar
(Sonnabend/Sonntag)
- Berlin: Gründung des Neuen Forums als politische Vereinigung, Verabschiedung von Statut und Programm.
Leipzig: offizielle Gründung der Vereinigten Linken.
28. Januar
(Sonntag)
- Berlin-Johannishof: Modrow einigt sich mit den zentralen Runden Tisches darauf, daß der Termin für die Volkskammerwahl vom 6. Mai auf den 18. März vorgezogen wird. Außerdem soll eine „Regierung der nationalen Verantwortung“ gebildet werden, in der auch Vertreter der am Runden Tisch wirkenden neuen Parteien und Gruppierungen mitarbeiten sollen.

29. Januar
(Montag) 10. zentraler Runder Tisch entsendet acht Vertreter der Opposition (ohne Vereinigte Linke) in die Regierung.
Leipzig: 100.000 DemonstrantInnen fordern Wiedervereinigung.
Modrow erklärt vor der Volkskammer, daß sich die Krise in der DDR weiter zugespitzt und der Staat weiter an Autorität verloren habe.
30. Januar
(Dienstag) Modrow trifft in Moskau mit Gorbatschow zusammen. Gorbatschow: „Mir scheint, es gibt ein gewisses Einvernehmen darüber bei den Deutschen in Ost und West sowie den Repräsentanten der vier Mächte, daß die Vereinigung der Deutschen niemals und von niemandem prinzipiell in Zweifel gezogen wird“ ..
31. Jan./1. Feb.
(Mittwoch/Donnerstag) Berlin: Außerordentlicher FDGB-Kongreß fordert ein Gewerkschaftsgesetz, droht der Volkskammer für den Fall der Ablehnung mit einem Generalstreik.
31. Januar
(Mittwoch) Klausurtagung des Bundesministeriums für Finanzen: Festlegung auf die Konzeption zur Wirtschafts- und Währungsunion und Vereinigung nach Artikel 23 Grundgesetzes (entsprechende Pressemitteilung am 2. Februar).
1. Februar
(Donnerstag) Ministerpräsident Modrow legt nach seinem Treffen mit Gorbatschow eine Erklärung der Regierung über den Weg zur deutschen Einheit, „für Deutschland, einig Vaterland“, vor.
Bundeskanzler Kohl verständigt sich mit den Vorsitzenden der DDR-CDU, de Maizière, des Demokratischen Aufbruchs, Schnur, und der DSU, Ebeling, über die Bildung eines konservativen Wahlbündnisses „Allianz für Deutschland“.
2. Februar
(Freitag) Die Vereinigte Linke erklärt, sie werde sich nicht an der „Regierung der nationalen Verantwortung“ beteiligen, weil das Bekenntnis Modorws zu „Deutschland, einig Vaterland“, die „Grenzen linker Politik“ überschreite.
3. Februar
(Sonnabend) Berlin und Halle: Bezirksparteitag der SPD der DDR.
Schkopau: Im Klubhaus des Chemiekombinates Buna: findet der Gründungskongreß der Grünen Liga statt.
Berlin: Im Werk für Fernsehelektronik findet die erste von der Vereinigten Linken organisierte Betriebsrätekonferenz der DDR statt.
Berlin: Konstituierung eines Gründungsausschusses der Initiative für unabhängige Gewerkschaften.
4. Februar
(Sonntag) Berlin: Umbenennung der SED/PDS in PDS.
Konstituierung einer marxistischen Jugendvereinigung Junge Linke.
Gründungsparteitag der Freien Demokratischen Partei in der DDR.
Konstituierung einer Initiative Unabhängige Sozialistische Partei (U.S.P.).
5. Februar
(Montag) Leipzig: Konstituierung einer Kurt-Schumacher-Gesellschaft e. V.
11. zentraler Runder Tisch berät über Wirtschaftsfragen.
Bildung der Regierung der nationalen Verantwortung mit acht Mitgliedern oppositioneller Parteien und Vereinigungen als Minister ohne Ressort in den Ministerrat: Tatjana Böhm (Unabhängiger Frauenverband), Rainer Eppelmann (Demokratischer Aufbruch), Sebastian Pflugbeil (Neues Forum), Mathias Platzeck (Grüne Partei), Gerd Poppe (Initiative Frieden und Menschenrechte), Walter Romberg (SDP), Klaus Schlüter (Grüne Liga), Wolfgang Ullmann (Demokratie jetzt!)

- Beschluß der Volkskammer zur Gewährleistung von Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit.
Helmut Kohl, DDR-CDU und der Demokratische Aufbruch bilden für die Volkskammerwahl am 18. März das Bündnis „Allianz für Deutschland“. Die Bundesregierung erklärt sich bereit, „mit der DDR unverzüglich in Verhandlungen über eine Währungsunion mit Wirtschaftsreform einzutreten“.
7. Februar
(Mittwoch)
Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt: 100.000 DemonstrantInnen.
Berlin: Neues Forum, Demokratie jetzt! und Initiative Frieden und Menschenrechte bilden für die Volkskammerwahl am 18. März ein Wahlbündnis.
8. Februar
(Donnerstag)
Gründung der Humanistischen Partei (HPD).
Ministerrat bildet ein Komitee zur Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit. Staatsrat schreibt die Volkskammerwahl für den 18. März aus.
Verband der politisch Verfolgten in der DDR wird beim DDR-Innenministerium angemeldet.
Dem Republikaner-Vorsitzenden Franz Schönhuber wird die Einreise nach Berlin verweigert.
Erfurt: Tausende DemonstrantInnen fordern gewerkschaftliche Mitbestimmung. Gera: 3.000 DemonstrantInnen für die Einheit Deutschlands.
10. Februar
(Sonnabend)
Bundeskanzler Kohl und Bundesaußenminister Genscher sprechen in Moskau mit Gorbatschow über die deutsche Einheit.
11. Februar
(Sonntag)
Dresden: LPD, FDP (DDR) und Deutsche Forumpartei einigen sich nach zähen Verhandlungen auf ein Wahlbündnis für die Wahlen am 18. 3. (Bund Freier Demokraten).
12. Februar
(Montag)
12. zentraler Runder Tisch gibt Auftrag zur Währungsunion, fordert die sofortige Erarbeitung einer Sozialcharta.
13. Februar
(Dienstag)
Ottawa: Verkündung der „2+4“ Formel für die Verhandlungen über die äußeren Aspekte der deutschen Vereinigung.
14. Februar
(Mittwoch)
Bonn: Besuch der DDR-Regierung Mordrow und die Minister aus der ehemaligen Opposition scheitern mit ihren Hilfsersuchen zur Stabilisierung der DDR. Vereinbarung einer deutsch-deutschen Expertenkommission zur Vorbereitung der Wirtschafts- und Währungsunion.
15. Februar
(Donnerstag)
Gründung eines Arbeitslosenverbandes in der DDR.
Demokratischer Aufbruch spricht sich für die sofortige Einführung der D-Mark in der DDR aus.
17. Februar
(Sonnabend)
Berlin: Unabhängiger Frauenverband beschließt auf seinen Kongreß ein Wahlbündnis mit der Grünen Partei.
19. Februar
(Montag)
13. zentraler Runder Tisch: Ablehnung eines Anschluß der DDR an die Bundesrepublik durch eine Ausweitung des Geltungsbereiches des Grundgesetzes nach Artikel 23; keine NATO-Mitgliedschaft des zukünftigen Deutschland.
20. Februar
(Dienstag)
Verabschiedung des Wahlgesetzes für die ersten freien und geheimen Wahlen in der DDR am 18. 3. Durch die Volkskammer.
22. Februar
(Donnerstag)
Markleeberg bei Leipzig: 1. landesweiter Parteitag der DDR-SPD (Ehrentvorsitzender: Willy Brandt).
24. Februar
(Sonnabend)
Dresden: 1. Tagung des Gründungsausschusses der Initiative für unabhängige Gewerkschaften.

25. Februar
(Sonntag) Vereinigte Linken und die marxistische Partei Die Nelken bilden zur Volkskammerwahl ein „Aktionsbündnis Vereinigte Linke“.
26. Februar
(Montag) 14. zentraler Runder Tisch verabschiedet ein „Positionspapier zur Lage der Kultur in der DDR sowie zu erforderlichen Maßnahmen“.
1. März
(Donnerstag) Auf Anregung des Runden Tisches gründet der Ministerrat eine Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung von Volkseigentum.
Die durch einen Volkskammerbeschluß verbotenen Republikaner gründen in Karl-Marx-Stadt einen Kreisverband.
5. März
(Montag) 15. zentraler Runder Tisch: Sozialcharta, Gleichstellung von Mann und Frau, Bildung und Erziehung und Fragen der Justiz.
11. März
(Sonntag) Berlin: 2.000 TeilnehmerInnen demonstrieren auf dem Alexanderplatz für eine „neue demokratische Gesellschaft“ und gegen ein „Alles-über-Bord-Werfen“.
12. März
(Montag) 16. (letzter) zentraler Runder Tisch beschließt die Einstellung seiner Tätigkeit, denn der Runde Tisch habe „die seinem Selbstverständnis entsprechenden Aufgaben für den bis zur Wahl geplanten Zeitraum seines Wirkens unter ständig komplizierteren und schneller ablaufenden Entwicklungsprozessen im wesentlichen erfüllt.“
Leipzig: 50.000 DemonstrantInnen nehmen an der letzten Montagsdemonstration teil.
18. März
(Sonntag) Wahlen zur Volkskammer der DDR: CDU 40,82% (163 Sitze), SPD 21,88% (88 Sitze), PDS 16,49% (66 Sitze), DSU 6,31% (25 Sitze) Bund Freier Demokraten 5, 28% (21 Sitze), Bündnis '90 2,91% (12 Sitze) Grüne/Frauen 1,97% (8 Sitze), Demokratischer Aufbruch 0.92% (4 Sitze).